

1.4 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

1.5 Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Für die Bevollmächtigten ist die Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.6 Insolvenzverfahren

Der Antragsteller erklärt, dass er innerhalb der letzten 5 Jahre

nicht am _____

zur Abgabe der Vermögensauskunft gemäß §§ 802c ff. und 807 ZPO (bisher: Eidesstattliche Versicherung gemäß § 807 ZPO a. F.) geladen wurde.

kein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen hat bzw. ein solches derzeit nicht anhängig ist.

gegen ihn keine Zwangsvollstreckung betrieben wurde.

gegen ihn eine Zwangsvollstreckung betrieben wurde, und zwar
am _____. Bitte gesondert erläutern.

1.7 Auftraggebereigenschaft

Bei dem Antragsteller handelt es sich um einen "öffentlichen Auftraggeber".

ja

nein

1.8 "De-minimis"-Beihilfen

Der Antragsteller und ggf. mit ihm verbundene Unternehmen ("einziges Unternehmen") hat weitere "De-minimis"-Beihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren "De-minimis"-Beihilfen erhalten.

ja (Das Formular „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen" ist als Anlage beizufügen.)

nein

Das Merkblatt "De-minimis-Regel" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Art der Maßnahme

(Ausführliche Beschreibung bitte gesondert beifügen)

Nach Fertigstellung der geförderten Maßnahme sind geplant:

_____ Eigentumswohnungen mit insgesamt _____ m² Wohnfläche

2.2 Maßnahmeort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

2.3 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

2.4 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere Fördermittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

ja

nein

2.5 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)

nein

Geplante Kosten

Gesamtkosten	Summe in EUR
Gesamtkosten	

2.6 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	Summe in EUR
Anschubfinanzierung	
Gesamtfinanzierung	

3 Rechtsgrundlagen

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Antragstellung und Bewilligung auf der Grundlage der nachfolgend aufgeführten Rechts- und Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung erfolgen. Dabei handelt es sich um

- Gesetz über die soziale Wohnraumförderung im Land Brandenburg (Wohnraumförderungsgesetz – BbgWoFG)
- Baugesetzbuch (BauGB)
- Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (GEG)
- Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) (VwVfG)
- Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie Verwaltungsvorschriften zur LHO
- Richtlinie zur Förderung von selbst genutztem Wohneigentum vom 12. Februar 2024
- Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen in der jeweils geltenden Fassung (im Folgenden: De-minimis-Verordnung).

4 Entgelt

Der Antragsteller erkennt an, dass mit Unterbreiten eines Angebotes auf Abschluss eines Fördervertrages durch die ILB deren Prüfungsaufwand zu vergüten ist. Mit diesem Zeitpunkt wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von 2,50 % des angebotenen Zuwendungsbeitrages fällig, auch dann, wenn das Vertragsangebot vom Antragsteller nicht angenommen wird.

5 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bzw. Ankreuzen bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 5.1 *Für Bauherren* - Der Antragsteller bestätigt, dass mit den Bauarbeiten nicht begonnen wurde. Ihm ist bekannt, dass mit den Bauarbeiten (inkl. Baugrubenaushub) nicht vor Bewilligung der Förderungsmittel begonnen werden darf.

Für Erwerber - Der Antragsteller bestätigt, keinen Vertrag über den Erwerb von Wohneigentum geschlossen zu haben. Der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages über den Erwerb von Wohneigentum steht einer Förderung nicht entgegen, wenn darin vereinbart ist, dass der/die Käufer vom Vertrag zurücktreten kann/können, sofern keine Förderungsmittel gewährt werden. Für den Fall des Rücktritts muss vereinbart sein, dass die Ausübung des Rücktrittsrechts unentgeltlich erfolgt und der/die Erwerber dem Verkäufer nur die Kosten zu erstatten hat, die durch den Vertragsabschluss entstanden und vom Verkäufer übernommen worden sind.

(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- 5.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

5.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 5.1 bis 5.3.

5.4 Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

5.5 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides/Darlehensvertrages nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere AN-Best-P/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

6 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhandigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung werden zudem folgende Daten an die jeweils örtlich zuständigen Standorte der Finanzkontrolle Schwarzarbeit im Land Brandenburg weitergegeben:

- Name des/der Bauherren,
- Bezeichnung des Maßnahmeortes,
- Anzahl der Wohneinheiten,
- Bewilligungsdatum,
- Angabe der durchzuführenden Maßnahmen.

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel

Über das Einreichen von weiteren Unterlagen wird die ILB nach Bestätigung über den Antragseingang informieren.